Amts- und Anzeigeblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

Abonnement viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl. 2 illustr. Beilagen) in der Expedition, bei unsern Boten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

Erscheint wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertionspreis: die kleinsp. Zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

№ 130. Donnerstag, den 4. November **1897.**

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Rathsexpeditionen

Sonnabend und Montag, den 6. und 8. November 1897

geschlossen.

An diesen Tagen können nur dringliche Angelegenheiten erledigt werden.
Das Standesamt ist von **10—11 Uhr Vormittags** geöffnet.
Eibenstock, den 2. November 1897.

Der Rath der Stadt.
Hesse. Gnüchtel.

10. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums

Donnerstag, den 4. November 1897, Abends 8 Uhr
im Rathhaussaale.

Eibenstock, den 2. November 1897.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
E. Hannebohn.

Tagesordnung:

1) Anschluß des Messingwerks an die städtische Wasserleitung betr.
2) Ankauf von Gasanstaltsaktien.
3) Anfertigung eines städtischen Bebauungsplanes.
4) Ankauf eines Regen-Mantels für die Schutzmannschaft.
5) Richtigsprechung der Biersteuer-, Sportelkassen-, Pensions- und Feuerlöschkassen-Rechnung.
6) Ernennung der Wahlgehilfen für die Stadtverordneten-Wahl.
7) Kenntnißnahme von dem Prüfungsergebnisse des unteren Wasserbehälters und von der Verpachtung der Rathskellerwirthschaft.
8) Aufstellung einer Einquartierungs-Ordnung.
9) Wahl neuer Rathsmitglieder.

Hierauf geheime Sitzung.

Die Stelle eines Polizeidieners

verbunden mit der Hausmannsstelle im Schulhause, ist von hiesiger Gemeinde zu vergeben. Für die hier übertragenen Obliegenheiten wird ein jährlicher Gehalt von 700 M. nebst freier Wohnung und Heizung gewährt.

Reflektanten wollen sich bis **15. November d. J.** bei der unterzeichneten Gemeindebehörde persönlich melden und ihre Zeugnisse vorlegen.

Schönheiderhammer, den 27. Oktober 1897.

Der Gemeindevorstand.
Poller.

Sparkasse zu Morgenröthe-Rautenkranz

wird am 1. November dieses Jahres eröffnet.

Einlagen werden von derselben **Mittwoch** und **Sonnabend** jeder Woche im **Gemeindeamt** (Märker's Fabrik in Rautenkranz) Vorm. **9—12 Uhr** und Nachm. **3—6 Uhr** entgegengenommen und mit **3 1/3 %** verzinst.

Die Gemeinde Morgenröthe-Rautenkranz haftet für die Verbindlichkeiten, welche die Sparkasse nach Maßgabe der bestehenden Sparkassenordnung übernimmt.

Die erfolgten Einzahlungen werden streng **geheim** gehalten.

Morgenröthe-Rautenkranz, am 25. Oktober 1897.

Der Gemeinderath.
Benedict, Gemeindevorstand.

Das Deutschthum in Oesterreich

führt einen Kampf auf Leben und Tod. Die Deutschen im „Auslande" vergaßen früher ihre Nationalität nur allzuschnell. Sie lehnten sich an verwandtschaftliche Nationen, in Amerika vor Allem an die Engländer, an und wurden von diesen bald aufgesogen. Wenn die „Sachsen" in Siebenbürgen eine Ausnahme machen, so geschah dies, weil sie in den sie umgebenden Völkerschaften keinen irgendwie gearteten Anschluß fanden und daher auf sich angewiesen blieben.

Nirgends hat aber außerhalb der Grenzen des gegenwärtigen Deutschen Reiches das Deutschthum die hohe, historische und kulturelle Bedeutung, wie in Oesterreich, das seit 1866 von dem deutschen Staatsverbande ausgeschlossen wurde. Kaiser Franz Joseph, selbst ein deutscher Fürst, von dem deutschen Grafen Habsburg abstammend, hat es für zweckmäßig befunden, seinen deutschen Unterthanen die führende Stelle abzuerkennen, die sie während vieler Jahrhunderte im österreichischen Staatswesen einnahmen. Zweierlei Art sind die Gründe dafür. Die übrigen Völkerschaften des österreichischen Gebietes waren in der politischen Vorbildung u. Entwickelung noch nicht so weit vorgeschritten, um den von den Deutschen vertretenen Liberalismus voll erfassen zu können. Mit dem Verwerfen des Liberalismus als Regierungssystem hielt aber zugleich der Niedergang des Deutschthums in Oesterreich gleichen Schritt. Statt ihre Nationalität in erster Linie hielten die Deutschen Oesterreichs die von ihnen vertretene politische Richtung, die Partei, hoch und das führte zu Zersplitterungen aller Art, sodaß das Deutschthum schließlich seine Regierungsfähigkeit einbüßte. Es hatte im Reichsrathe nicht mehr die Mehrheit und die Regierung mußte sich eine andere Stütze suchen, die aber nur zu haben war, indem man den andern Nationalitäten, vor allen den Tschechen und Polen, Zugeständnisse auf Kosten der Staatseinheit machte.

Für den Kaiser war aber auch noch ein anderer Grund vorhanden, das deutsche Element seines leitenden Einflusses zu entkleiden. Das benachbarte Deutsche Reich bildete für die Deutschen Oesterreichs eine bedeutende Anziehung und gewisse Elemente unter ihnen machten aus ihrer Sympathie für Deutschland kein Hehl. Mehr oder weniger offen wurde von ihnen ein Anschluß an das Reich angestrebt. Daß die Macht und die Stellung Oesterreich-Ungarns durch derartige nebulöse Pläne nicht gestärkt werden konnte, ist klar.

Wie die „Italia irredenta" für Oesterreich gefährlich zu sein aufgehört hat, seitdem Oesterreich und Italien verbündet sind, so durfte auch deutscherseits gerade mit Rücksicht auf das bestehende Bündniß nichts geschehen, was als Ermunterung jener Anschlußabsichten ausgelegt werden konnte. Und wenn auch heute die Reichsdeutschen dem Kampf ihrer Stammesgenossen in Oesterreich mit lebhafter Sympathie zuschauen und ihnen den endlichen Sieg wünschen, so steht doch das offizielle Deutschland jenem Kampf durchaus kühl gegenüber. So verlangt es die Staatsräson und die Vertragstreue.

Dieser Tage veröffentlichte ein Wiener Blatt die Zuschrift des greisen deutschen Historikers Theodor Mommsen, die die Kämpfenden ermuthigen soll. Sie sollen einig sein und hart, sie sollen sich auf Niemand anders verlassen, als auf ihre eigene Kraft. Wie tief traurig es für uns Reichsdeutsche auch sein mag, thatenlos dem verderblichen Streit zuzuschauen, werkthätige Hilfe können wir nicht bringen: denn die Frage der Zukunft der Deutsch-Oesterreicher wird nicht in Berlin entschieden, sie liegt in ihrer eigenen Hand.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Den Einfluß, den die eingetretene günstige Wendung in Bezug auf die Einbringung des Militärstrafprozeßreform-Entwurfes im Reichstag voraussichtlich auf die innerpolitische Lage ausüben wird, denkt die „Magdeb. Zeitung" sich folgendermaßen: „Die Aussichten für die nächsten Wahlen sind bisher nichts weniger als günstig gewesen. Um so wichtiger würde es sein, wenn in der letzten Sitzung vor den neuen Wahlen noch die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs gelänge, um den der Reichstag seit einem Vierteljahrhundert gerungen hat. Nicht besser könnte dem leider immer weiter um sich greifenden trübseligen Pessimismus und der wachsenden Verstimmung gesteuert werden, als wenn an einem Reformwerk, wie der Abänderung des Militärstrafverfahrens, sichtbar und deutlich für Jedermann der Beweis erbracht werden könnte, daß auch heute noch, wenn auch langsamer und schwerfälliger als in den Tagen des nationalen Aufschwungs, wo eine große geschlossene Mehrheit hinter der Regierung stand, heilsame Reformen sich vollziehen können." — Zum Beweise, wie ernst die nationalgesinnte süddeutsche Presse die Situation unmittelbar vor der in der bekannten Unterredung des Kaisers mit dem Reichskanzler gefallenen Entscheidung auffaßte, theilen wir folgende Sätze aus einem Leitartikel der „Augs. Neuest. Nachr." mit: „Möge das Machtwort des Kaisers im Sinne des deutschen Volkes und des Fürsten Hohenlohe ausfallen. Hoffentlich weiß der Letztere nun bald, woran er ist. Bisher wußte er das offenbar nicht; und seine Autorität, seine ganze Stellung hat darunter schon schwer gelitten, daß sie einen weiteren Stoß nicht mehr aushalten könnte. An warnenden Zeichen der Zeit fehlt es nicht. Die Orgien, welche die klerikale, und bauernbündlerische Partikulardemagogie in der bayerischen Kammer gefeiert hat, mögen noch so verwerflich, zum Theil auch — wie die widerlichen Sprünge, welche der Preußen- und Bismarckhaß der Sigl, Lerno und Schädler vollführt — geradezu verächtlich sein. Aber sie bedeuten zugleich eine ernste Lehre für den mit der Führung des Reiches betrauten Staat, daß er in seinen leitenden Regionen sich seines hehren Ehrenamtes durch Kraft und Weisheit, durch weiten Blick und energisches Handeln würdig erweise. Das hat er in neuerer Zeit — man muß es als Vaterlandsfreund endlich einmal ehrlich sagen — sicherlich nicht mehr, dafür aber von alledem in reichem Maße das Gegentheil gethan, um schließlich die hohe Meinung, die eine frühere größere Zeit seiner Befähigung zur führenden Rolle erwarb, langsam, aber sicher herabzustimmen."

— Die maßgebende Autorität des Reichsgerichts in der Auslegung der Gesetze ist von einem bayerischen Gericht bei einem bemerkenswerthen Anlaß angefochten worden. Der Diebstahl am elektrischen Strom ist nämlich trotz der entgegenstehenden reichsgerichtlichen Entscheidung von einer Nürnberger Strafkammer für strafbar erklärt worden. Der elektrische Strom sei eine bewegliche Sache, sagt die Strafkammer, „denn er sei das Produkt der Arbeit desjenigen, der die elektrische Zentrale besitzt, er sei beweglich, da er an beliebige Punkte geleitet werden, und er sei eine Sache, da man desselben in einer andere Personen ausschließenden Weise sich bemächtigen könne." — Die Selbständigkeit in der Auffassung des genannten Gerichts verdient eine anerkennende Hervorhebung.

— Oesterreich-Ungarn. Zu den Vorgängen in Oesterreich wird aus Wien geschrieben: Die Verquickung der Frage des Ausgleichsprovisoriums mit jener der Sprachenverordnungen hat in unserem öffentlichen Leben einen Zustand hervorgerufen, dessen Studium und Schilderung in das Gebiet der politischen Pathologie gehören. Dieser Zustand wird noch dadurch verschärft und komplizirt, daß für die Haltung der Parteien im Kampfe für und gegen die Regierung keineswegs nur der Standpunkt maßgebend ist, den sie jenen Fragen gegenüber einnehmen, und daß insbesondere die Klerikalen bei allen ihren Schachzügen ihr Augenmerk auf eine dritte Frage, auf die Verdrängung des liberalen Geistes aus unserem Volksschulwesen richten. Durch die Verwirrung der Ziele der Politik ist nun auch eine vollkommene Verwirrung in den Lagern der einzelnen Parteien bewirkt worden. Man darf behaupten, daß heute keine unserer Parteien — vielleicht von der Sozialdemokratie abgesehen — fest auf ihrer eigentlichen traditionellen Basis steht. Während sie sich auf dem einen Gebiete in der Hitze des Gefechtes immer mehr haben engagiren müssen, sind sie gegen ihren Willen nach anderer Richtung in Widerspruch mit den eigenen Grundsätzen gerathen. — Für das Ausgleichsprovisorium kämpfen die Tschechen, die Klerikalen und Christlichsozialen an der Seite der Polen. Noch vor wenigen Wochen haben die Führer der drei Gruppen und ihre publizistischen Herolde einen rührenden Wetteifer in der Agitation gegen die „finanzielle Ausbeutung Oesterreichs durch Ungarn" entfaltet. Heute suchen sie durch zweiunddreißigstündige Parlamentssitzungen die Votirung des Provisoriums zu erzwingen, und zwar nur, weil sie das Verbleiben einer Regierung ermöglichen wollen, von deren Walten sie die Erfüllung der tschechisch-nationalen, beziehentlich ultramontanen Sonderwünsche erhoffen. Die deutschfreiheitlichen Elemente haben in allen Konflikten der Vergangenheit die patriotische Hingebung an das Staatswohl, die Fürsorge für die gesammtstaatlichen Interessen als ihre vornehmste Aufgabe bezeichnet; sie haben stets auf die Festigung der Bande hingearbeitet, welche die beiden Reichshälften auch in materieller Beziehung verknüpfen und welche in geistiger Beziehung zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Liberalismus bestehen. Heute sind sie bei der Abwehr der Sprachenverordnungen zur Verleugnung dieser Gefühle und Nothwendigkeiten gekommen und sind schon so weit gelangt, daß sie unhöfliche Mahnungen und Belehrungen von Budapest aus über sich ergehen lassen müssen. — Die Frage, ob und wie aus der ins Uebermaß gesteigerten Verwirrung und Zersetzung des Parteilebens der Rückweg zu normalen Verhält-